



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Saarland

Kaiserstraße 258 * 66133 Saarbrücken

Fon: (0681) 84124 10

Fax: (0681) 84124 15

Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Homepage : www.gdp-saarland.de

22.02.2005

Infodienst

42-Stunden-Woche für Beamte und Angestellte – Was ist dran?

Die Debatte um den möglicherweise bevorstehenden Solidarpakt Saar und die einschlägigen Sparabsichten der Landesregierung erregte am vergangenen Wochenende die Gemüter. Ausgelöst wurde die heftige Diskussion durch den Leitartikel der Saarbrücker Zeitung vom Samstag, 19.02.05, mit der Überschrift „Saarland will 42-Stunden-Woche für Beamte und Angestellte“. Aufgrund der vermehrten Nachfragen nach dem Wahrheitsgehalt der Meldungen und der Haltung der GdP-Saar will ich auf nachfolgende Informationen hinweisen:

Am 01.12.04 und am 27.01.05 trafen sich Vertreter der Landesregierung und der öD-Gewerkschaften im DGB in der Staatskanzlei, um - angesichts der begonnenen Diskussionen um den Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2005 und der dort vorgesehenen „globalen Minderausgabe“ von 30 Mio. €, die aus Sicht der Landesregierung von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Saarland in den kommenden Jahren jeweils jährlich erbracht werden sollen - über Sinn und Zweck sowie Voraussetzungen, Möglichkeiten, Formen, Bedingungen und Grenzen von diesbezüglichen „Solidarpaktverhandlungen“ zu reden. Ministerpräsident Peter Müller beschrieb beim zweiten Gespräch am 27. Januar wiederholt die Liste möglicher Handlungsfelder, die Gegenstand der Verhandlungen sein könnten bzw. bei

denen aus seiner Sicht entsprechende Einsparressourcen zur Verfügung stehen könnten. Er ließ am Ende keinen Zweifel daran, dass im Falle einer Ablehnung zur Führung von Solidarpaktverhandlungen oder eines evtl. „Scheiterns“ aufgenommener Verhandlungen die feste Absicht der Landesregierung bestehe, das definierte Einsparvolumen durch einseitige, in der Regel gesetzliche Entscheidungen oder Verwaltungsanordnungen erreichen zu wollen.

Die Gewerkschaftsseite formulierte – vor dem Hintergrund der vielfältigen Einsparungen bei den öffentlich Beschäftigten in der jüngeren Vergangenheit oder etwa den im Juli 2004 vor den Wahlen gemachten Aussagen z.B. im GdP-Sicherheitstest – ihr Unverständnis für weitere Sonderopfer, insbesondere auch in der angedachten Dimension. Ob man sich daher einer auf massive Einsparungen gerichteten Verhandlung grundsätzlich verweigere oder in solchen Verhandlungen die Rechte und Ansprüche der Beschäftigten zu sichern versuche, sei nach internen Diskussions- und Klärungsprozessen noch zu entscheiden. Abschließend machten alle Gewerkschafts-Vertreter deutlich, dass der Verbleib des Saarlandes in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eine Grundvoraussetzung für den Fortgang der Gespräche darstellt. Insofern wurde vereinbart, angesichts der Zeitschiene

der laufenden Tarifverhandlungen bis Ende Februar/ Anfang März abzuwarten. Schließlich wurde gewerkschaftsseitig die Bitte geäußert, die im Gespräch regierungsseitig formulierten möglichen Handlungsfelder alsbald schriftlich niederzulegen und zu übersenden.

Dieser Bitte folgend übermittelte die Innenministerin Kramp-Karrenbauer Anfang Februar 05 dem saarländischen DGB-Vorsitzenden Eugen Roth ein Schreiben, in dem „die aus Sicht der Landesregierung zur Erzielung der strukturellen Einsparungen in Höhe von 30 Mio. € für jedes Jahr der bis zum Jahre 2009 reichenden Laufzeit des Solidarpaktes in Betracht zu ziehenden Verhandlungsgegenstände im Beamten- und Tarifbereich aufgezeigt werden“. Das Schreiben, das unverzüglich an die öD-Gewerkschaften, also Verdi, GEW und GdP weitergereicht wurde, enthält zwei Anlagen, in denen die „Verhandlungsmöglichkeiten“ jeweils für den Beamten- und Tarifbereich aufgezeigt sind. Dort werden Verhandlungsfelder genannt und zugehörige Maßnahmen konkret beschrieben (so z.B. auch die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit). Im Sinne des vorangestellten Schreibens und der im Vorfeld geführten Gespräche sind sowohl die Verhandlungsfelder als auch die konkret beschriebenen Maßnahmen der zentralen Überschrift „Verhandlungsmöglichkeiten“ unterzuordnen. Darüber hinaus soll und darf dieses Paket einerseits als erweiterbar, andererseits als intern gestaltbar angesehen werden. Das heißt, je mehr etwa in einem Handlungsfeld an Einsparvolumen erbracht würde, umso geringer müsste in einem anderen Feld die Belastung ausfallen.

Ministerin Kramp-Karrenbauer hat schließlich in ihrem Schreiben einen „vertrauensvollen und behutsamen Umgang mit den zu prüfenden Vorschlägen“ angeregt. Dieser Anregung ist die GdP bislang gefolgt.

Wir werden als GdP den vor uns liegenden Prozess verantwortungsbewusst mitgestalten. Ob dies bedeuten wird, dass wir uns an den Solidarpaktverhandlungen beteiligen, ist noch abschließend zu entscheiden. Angesichts einer für den 03. März 05 terminierten Verhandlung mit der TdL über die erwähnten Grundsatzfragen kommt hier sicherlich der Sitzung des saarländischen GdP-Beirates am 04. März 05 eine besondere Bedeutung zu. Natürlich wären in solchen Solidarpaktverhandlungen die jeweiligen „Schmerzgrenzen“ zu definieren. Eine geeignete Anleitung für uns wäre dabei sicherlich das, was Ministerpräsident Müller in seiner Rolle als CDU-Landesvorsitzender unmittelbar vor der Wahl 2004 im GdP-Sicherheitstest erklärt hat. Unseren Gesprächspartnern muss aber auch klar sein, dass wir im Interesse unserer Mitglieder, und das sind immerhin rund 70 % der saarländischen Polizeibeschäftigten, handeln werden. Maßvolle Solidarbeiträge sind dabei das eine, überzogene Sonderopfer das andere.

Die Regierungsverantwortlichen sollten sich insofern an die alte Skat-Regel erinnern: Wer überreizt, verliert das Spiel!

Hugo Müller, Landesvorsitzender

GdP-ein guter Rat!

P.S. Die saarländischen Polizeibeschäftigten können sich darauf verlassen, dass sie von ihrer GdP auch künftig zeitnah und objektiv über die weiteren Geschehnisse informiert werden.

Anl.:
Sicherheitstest
zur Landtagswahl im September 2004
und
genannter SZ-Artikel vom 19.02.2005

Sicherheitstest



August 2004

GDP - SICHERHEITSTEST ZUR LANDTAGSWAHL 2004

FRAGEN AN DIE IM LANDTAG VERTRETENEN PARTEIEN

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die GdP-Saar hat vor der am 5. September 2004 stattfindenden Landtagswahl die im Landtag vertretenen Parteien einem Sicherheitstest unterzogen. Basierend auf Schwerpunktthemen unserer gewerkschaftlichen Arbeit wurde hierzu eigens ein Fragenkatalog entwickelt, der den Parteien in Beantwortung der gestellten Fragen Gelegenheit geben sollte, zu besonders interessierenden Themen Aussagen zu treffen. Wie die Parteien diesen Sicherheitstest bestanden haben, müsst ihr entscheiden. Von daher hat die GdP die Antworten der Parteien in diesem Sonderdruck veröffentlicht, um Euch eine Orientierungshilfe für Eure Wahlentscheidung geben zu können.

Die Personalentwicklung in der saarländischen Polizei

Ab 1999 hat die neue Landesregierung ihr Versprechen umgesetzt und mehr Einstellungen in die Polizei vorgenommen. So wurden jährlich 85 Polizistinnen und Polizisten (im Jahr 2002 einmalig 120) neu eingestellt. Trotz zusätzlicher Übernahmen aus anderen Bundesländern gelang

es allerdings nicht, den ursprünglich vorgesehenen Personalaufbau auf 2900 Beamtinnen und Beamte zu erreichen. Ab dem Jahr 2010 werden die regulären Ruhestandsversetzungen jährlich deutlich über der Zahl der heutigen Einstellungszahlen von 85 liegen. Diese ungünstige Entwicklung wurde jüngst auch durch die Ergebnisse der AG Personaleinsatz dokumentiert. Dies hat zur Folge, dass ab dem Jahr 2006 mit höheren Einstel-

Unsere Fragen haben beantwortet:



Peter Müller,
Ministerpräsident und
CDU-Landesvorsitzender



Heiko Maas,
SPD-Landesvorsitzender und
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

lungszahlen als bisher gesteuert werden müsste, um einen neuerlichen Personalabbau zu vermeiden.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Wie werden Sie den Personalbestand der saarländischen Polizei in den kommenden Jahren gestalten?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch kurzfristig das aktuell vorhandene Personal zu entlasten?

Peter Müller, CDU:

Die CDU Saar wird den seit dem Regierungswechsel im Jahr 1999 eingeleiteten Weg der Verbesserung der polizeilichen Organisation und Aufgabenwahrnehmung in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Wir werden die Personal- und Einstellungspolitik des Landes langfristig anlegen. Daher beabsichtigen wir, durch antizyklische Einstellungen eine angemessene Personalausstattung der saarländischen Polizei zu gewährleisten. Unter Beibehaltung der derzeitigen Einstellungspraxis von jährlich 85 Neueinstellungen und unter Berücksichtigung der regulären Ruhestandsversetzungen sowie weiterer prognostischer Personalabgänge wird sich der Personalbestand der Vollzugspolizei (LKA und LPD) voraussichtlich bis zum Jahr 2009 weiter erhöhen. Der voraussichtliche Personalaufbau soll sich einerseits zu Gunsten der Dienstgruppen auswirken, aber auch den

bereits absehbaren Personalbedarf in anderen Organisationseinheiten abdecken, beispielsweise durch die weitere personelle Verstärkung des Staatsschutzes im LKA sowie durch die Personalisierung in der Leitstelle der saarländischen Vollzugspolizei in 2005. Mit flexiblen Dienstzeitmodellen besteht eine weitere Möglichkeit, sowohl die Bedürfnisse der polizeilichen Arbeit als auch der Bediensteten besser in Einklang zu bringen.

Heiko Maas, SPD:

Die Abgänge, die ab dem Jahre 2010 auszugleichen sind, übersteigen das, was derzeit an Einstellungen vorgenommen wird. Daher müssen jetzt die Einstellungszahlen derart erhöht werden, dass dieser Entwicklung im Vorfeld bereits entgegen gewirkt wird. Die Polizei im Saarland braucht verlässliche Planungsgrößen für die weitere Entwicklung. Wir wollen dies mit dem Projekt 6x100 für die nächsten Jahre umsetzen. Maßnahmen zur kurzfristigen Entlastung des Personals sind vor allem die Reduzierung polizeifremder Tätigkeiten. Daneben muss es zu einer besseren Kooperation zwischen Verwaltungs- und Vollzugspolizei sowie den Dienststellen von Zoll und BGS kommen.

Stellenplanstruktur, Aufstiegs- und Beförderungsperspektiven - Wie viel sind wir der Politik wert?

Themen - Fragen - Antworten

Seit dem Jahre 1999 sind die jährlichen Beförderungsmittel im Verhältnis zu den Vorjahren deutlich erhöht worden. Die jährlichen Beförderungsbudgets sind insbesondere wegen des in den 90er Jahren verursachten Beförderungsstaus noch nicht völlig ausreichend, um für alle Betroffenen zeitlich akzeptable Perspektiven zu eröffnen. So entstanden trotz der in der Konzeption zur „Personalentwicklung und Entwicklung der Stellenstruktur“ (kurz: Beförderungskonzeption) aufgezeigten möglichen Verbesserungen bis heute Warteschlangen, in die sich unsere Beschäftigten einreihen müssen. Dies gilt vor allem in den unteren Besoldungsstufen A8 und A9. Auch der Blick auf die Entwicklung der Stellenplanstruktur insgesamt weist noch Verbesserungsmöglichkeiten auf: Die GdP vermisst die Aufhebung der Bestimmungen für die Einstellung im mittleren Dienst in der Polizeiaufbauverordnung und die Nennung eines verbindlichen Termins zur Realisierung der zweigeteilten Laufbahn. Eine Fortschreibung der Beförderungskonzeption gibt es nicht. Die aktuelle Dienstpostenbewertung benötigt zur Umsetzung eine wesentliche Ausweitung der Stellenanteile A12/A13 gehobener Dienst. Ohne entsprechende zusätzliche Erhöhung des Beförderungsbudgets zur Realisierung der Funktionsbewertung bliebe diese für Funktionsinhaber ein Muster ohne Wert. Der Stellenanteil des höheren Dienstes muss dieser Entwicklung folgend ebenfalls erhöht werden.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Welche Beförderungsperspektiven zeigen Sie für

die Polizeibeschäftigten im mittleren, gehobenen und höheren Polizeidienst auf?

- Sind Sie bereit, die zweigeteilte Laufbahn auch im Saarland durch entsprechende Änderung der Polizeilaufbahnverordnung sowie durch Umsetzung und Fortschreibung der Beförderungskonzeption zu realisieren?

- Welche Zeitachse liegt hierbei Ihren Vorstellungen zugrunde?

- Sind Sie bereit, zur Realisierung der Ergebnisse der teilanalytischen Funktionsbewertung in der Polizei die jeweils notwendigen Stellenhebungen nach A12/A13 vorzunehmen und die dann entstehenden neuen Stellenplananteile A 12/13 tatsächlich umzusetzen? In welchem Zeitraum könnte dies vollzogen werden?

Peter Müller, CDU:

Die CDU Saar ist für die konsequente Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Nach derzeitigem Stand ist bei gleich bleibendem Beförderungsbudget damit zu rechnen, dass bis zum Jahr 2008 die zweigeteilte Laufbahn in der saarländischen Vollzugspolizei realisiert sein wird.

Die wichtigste Ressource der saarländischen Vollzugspolizei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach Auffassung der CDU Saar sollen diese frühzeitig an Meinungs-, Bildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden, wie dies die CDU-Landesregierung bereits

bei der Neuorganisation der saarländischen Vollzugspolizei durch die Einberufung der Arbeitsgruppe „Polizei 2000 Plus“ getan hat. Der Stopp des bisherigen Personalabbaus unter der SPD-Vorgängerregierung durch verstärkte Neueinstellungen und Übernahmen von Polizeivollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten aus anderen Bundesländern bzw. vom Bund und die Schaffung und Beibehaltung angemessener Beförderungsperspektiven gewährleisten auch künftig eine hohe Mitarbeitermotivation.

Heiko Maas, SPD:

Das bisherige Beförderungsbudget wird beibehalten.

Die zweigeteilte Laufbahn ist erst durch die SPD unter Minister Friedel Läßle eingeführt worden. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

Bei der Realisierung all dieser Maßnahmen müssen wir uns nach den Vorgaben der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel richten.

Versorgung im öffentlichen Dienst

Die Haushaltssituation in Bund und Ländern führte in den letzten Jahren unter dem Unwort „Reform des öffentlichen Dienstes“ zu einer Vielzahl von Änderungen, die im Ergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weniger Einkom-

men und Versorgung bedeuteten. In der öffentlichen Diskussion wurden Kürzungen des Einkommens und der Versorgung populistisch mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst gerechtfertigt. Verschwiegen wurde und wird in der Diskussion, dass Beamte schon seit den 50er Jahren immer einen Einkommensbeitrag zu Ihrer Altersversorgung geleistet haben. Der Umstand, dass diese Gelder nicht zweckentsprechend verwandt wurden, ist der Politik und nicht den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anzulasten.

Versorgungsänderungsgesetz, Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Öffnungsklausel bei den Sonderzuwendungen Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Änderungen der Beihilfebestimmungen summieren sich zwischenzeitlich auf jährliche Einkommensverluste von mindestens 1000 Euro. Abgestimmte Konzepte, die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Perspektiven eröffnen und verlässliche Aussagen zulassen, sind nicht ersichtlich. Dies beweisen z. B. die unterschiedlichen Schnittstellen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld, welche die Sozialverträglichkeit der jeweiligen Kürzungen bzw. des Wegfalls definieren sollen. Diese hat man unverständlicherweise für das Urlaubsgeld bei der A 8 und beim Weihnachtsgeld bei der A 10 angesiedelt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Welche Perspektiven bestehen hinsichtlich der Versorgung für die Beschäftigten der Polizei?

- Mit welchem Versorgungsniveau dürfen diejenigen rechnen, die in 10, 20 oder 30

Jahren in den Ruhestand treten?

- Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Sicherung der zukünftigen Versorgung der Beschäftigten der Polizei?
- Welche Haltung vertreten Sie hinsichtlich weiterer Kürzungen der Beihilfe? Sollen Beamte zukünftig gesetzlich versichert werden?
- Welche Absichten hat Ihre Partei für die weitere Entwicklung der Sonderzuwendungen im öffentlichen Dienst (Weihnachts- und Urlaubsgeld)?
- Beabsichtigen Sie, die Schnittstellen beim Urlaubsgeld auf die A 10 anzuheben und so der Schnittstelle des Weihnachtsgeldes anzugleichen?

Peter Müller, CDU:

Besoldungs- und Versorgungsmaßnahmen, die mit einer Minderung bestehender Ansprüche verbunden sind und die unmittelbar (z. B. Verminderung der Sonderzuwendungen, Streichung des Urlaubsgeldes) oder erst zu einem späteren Zeitpunkt (z. B. Streichung der Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen, Versorgungsabschläge) eine Verschlechterung der Einkommenssituation zur Folge haben, werden von den Bediensteten in der Regel mit Unverständnis und einer gewissen Enttäuschung aufgenommen. Zu den in den letzten Jahren sowohl auf Bundesebene als auch im Landesbereich beschlossenen Einsparmaßnahmen, die in der Regel alle Beamte treffen

und nicht nur für einen bestimmten Beschäftigtenbereich gelten, sehen wir angesichts der äußerst schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Sparzwänge derzeit keine Alternative.

Die CDU Saar hat jedoch in ihrem Verantwortungsbereich eine im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund hohe soziale Staffelung bei den Absenkungen der Sonderzuwendungen und innerhalb der Besoldungsgruppen eine weit reichende Besserstellung von Familien mit Kindern durch die Einführung einer Familienkomponente erreicht. Diese saarspezifische Ausprägung der bundesweit erforderlichen und durchgeführten Maßnahmen stellt im Vergleich zu Regelungen anderer Länder und der des Bundes ein Alleinstellungsmerkmal dar. Eine weitere Absenkung der Beihilfe- und Versorgungsleistungen ist derzeit nicht geplant. Auf der anderen Seite lässt die Haushaltssituation des Landes nicht zu, in der Vergangenheit vorgenommene Kürzungen wieder rückgängig zu machen.

Heiko Maas, SPD:

Die SPD ist gegen weitere Einschnitte bei der Versorgung der Beschäftigten, insbesondere bei den Beamten, die bereits in erheblichem Maße Sonderopfer erbracht haben.

Hierzu zählen unter anderem massive Einschnitte in der

Beihilfe sowie bei Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Erhöhung der Wochenarbeitszeit

Arbeitszeit / Lebensarbeitszeit

Die Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit als Patentrezept zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Begriffe, die vielen Polizeibeamtinnen und -beamten die Zornesröte ins Gesicht treiben. Da soll auf ihrem Rücken eine verkorkste Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgetragen werden. Dabei rettet eine Verlängerung der Arbeitszeit kein Bundesland dieser Republik aus seiner Finanzmisere. Gerade die Kollegen im Schichtdienst beobachten die Entwicklung mit großem Argwohn. Ankündigungen wie: „Ihr müsst diesen (Schicht-) Dienst bis zu eurer Pensionierung machen!“ sind nicht dazu angetan, verlorenes Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Streben Sie in der kommenden Legislaturperiode eine Verlängerung der Wochen- bzw. Lebensarbeitszeit an?
- Sind Sie bereit, Kolleginnen und Kollegen, die viele Jahre im Wach- und Wechseldienst gearbeitet haben, auch schon vor der zurzeit gültigen Pensionsgrenze von 60 Jahren – ohne finanzielle Einbußen – in den Ruhestand treten zu lassen (im Sinne von Faktorisierung der Schichtarbeit)?

Peter Müller, CDU:

Derzeit bestehen keine Planungen für eine Verlängerung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit. Es ist aber auch nicht geplant, eine weitere Möglichkeit zu schaffen, ohne finanzielle Einbußen vor der offiziellen Pensionsgrenze von 60 Jahren in den Ruhestand zu treten.

Heiko Maas, SPD:

Eine Verlängerung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit ist nicht vorgesehen. Ebenso wenig kann es ein generelles Vorziehen der Pensionsgrenze von 60 Jahren geben. Allerdings muss der Schichtdienst stärker Berücksichtigung finden.

Schichtdienst in der Polizei

Die Kolleginnen und Kollegen sind im Schichtdienst ständig den berufstypischen Gefahren und Belastungen ausgesetzt. Für die Mehrheit der Polizeibeschäftigten ist Schichtdienst polizeilicher Alltag. Familien und Privatleben werden in besonders intensiver Form durch den Dienstplan beeinflusst, ja sogar erheblich eingeschränkt. Spätdienst und Wochenendarbeit haben soziale Folgen für die ganze Familie, für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und für die individuelle Freizeit. Die Schichtdienstbeschäftigten leben gegen ihre „innere Uhr“. Dieses Arbeiten und Schlafen gegen die „innere Uhr“ stellt die eigentliche Belastung bei Nacht- und Schichtarbeit dar. Gesundheitsstörungen wie Schlafstö-

rungen, Magen- und Darmbeschwerden, vegetative Beschwerden, Einschränkung der Leistungsfähigkeit sind zwangsläufige Folgen langjähriger Schichtarbeit und sind ursächlich für den „unnatürlichen Personalabbau“ im Schichtdienst. Daher muss diesen besonderen Belastungen zum einen durch Anrechnung der geleisteten Arbeitszeit im Schichtdienst auf die Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen Rechnung getragen werden, und zum anderen bedarf es einer deutlichen Intensivierung der Gesundheitsvorsorge für Schichtdienstleistende. Die im Jahre 2003 erfolgte Änderung des Beihilferechtes führte unter anderem auch dazu, dass sich die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Vorsorgemaßnahmen und Heilkuren massiv verschlechtert haben. Gerade für den gesundheitsschädlichen Schichtdienst bewirken diese Verschlechterungen des Beihilferechtes eine weitere Reduzierung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und somit eine weitere Erhöhung der Schichtdienstbedingten Dienstunfähigkeiten. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die vorzeitige Ruhestandsversetzung infolge schichtbedingter Dienstunfähigkeit nach der derzeitigen Gesetzeslage zu einem Versorgungsabschlag von bis zu 10,8 % führt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Wie wollen Sie den besonderen Belastungen im Schichtdienst Rechnung tragen?
- Welche konkreten Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge wollen sie ergreifen?

- Treten Sie für eine Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen ein?

- Sind sie zu einer „Faktorisierung“ der geleisteten Schichtarbeit mit der Folge der Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen bereit?

Peter Müller, CDU:

Wie bereits in den Fragen 3 und 4 ausgeführt bestehen keine Möglichkeiten, die Absenkungen der Beihilfeleistungen zurückzunehmen. Die Faktorisierung geleisteter Schichtarbeit mit der Folge der Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen ist derzeit unter haushaltsmäßigen Gesichtspunkten nicht realisierbar.

Heiko Maas, SPD:

Die besonderen Belastungen durch den Schichtdienst dürfen keine Verschlechterung bei den Einkommen zur Folge haben. Die Steuerfreiheit der Schicht- und Nachtarbeitszuschläge muss weiter unangetastet bleiben. Bei der Gesundheitsvorsorge ist eine stärkere Zusammenarbeit mit dem ärztlichen Dienst notwendig. Im Bereich der Gesundheitsreform halten wir es für dringend geboten, dass auch die Gewinner der Reform Opfer bringen. Aufgrund eines der schlechtesten Beihilfesysteme sollte das Abrechnungssystem der Ärzte bezüglich der privat Versicherten auf den Prüfstand gestellt werden. Es darf keine weitere Verschlechterung geben.

Faktorisierung - siehe Arbeitszeit/Lebensarbeitszeit

Beamte, Tarifbeschäftigte, private Sicherheit

Auch im Saarland ist der Wettlauf nach mehr Sicherheit insbesondere auf kommunaler Ebene eröffnet worden. Stichworte, die dem Bürger in diesem Zusammenhang präsentiert werden, sind beispielsweise Überwachung von „Angsträumen“ durch Private Sicherheitsdienste, Einsatz von kommunalen Ordnungsdiensten in Uniform, Videoüberwachung usw. Durch die jüngsten Änderungen des Saarländischen Polizeigesetzes wurden den Ortspolizeibehörden bisher nur der Vollzugspolizei vorbehalten Eingriffsmaßnahmen wie Festhalten oder Durchsuchung von Personen und Sachen übertragen. Damit werden kommunale Bedienstete in Aufgabebereichen tätig, die bislang von der Vollzugspolizei ausgeübt wurden. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist zu befürchten, dass diese Entwicklung zu Lasten des Personalbestandes der Polizei geht. Ziel scheint es zu sein, Präsenz in der Öffentlichkeit durch Uniformierte, egal welchen Ausbildungsstandes oder Qualifikation, zu erreichen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Befürwortet Ihre Partei einen weiteren Ausbau des Personalstandes und der Befugnisse für den kommunalen Ordnungsdienst?
- Befürworten Sie die Entwicklung zu einer kommunalen Polizei (wie in Frankreich)?

- Welche Haltung hat Ihre Partei zum Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum?
- Beabsichtigen Sie hierzu weitere Gesetzesänderungen?
- Beabsichtigen Sie, neue Stellen für Tarifbeschäftigte in der Polizei zu schaffen, Höhergruppierungen für Angestellte als Sachbearbeiter vorzunehmen und im Gegenzug Polizeivollzugsbeamte „auf der Straße“ einzusetzen?
- Unterstützen Sie das vom Ministerium für Inneres und Sport ins Leben gerufene Weiterqualifizierungskonzept für Tarifbeschäftigte in der saarländischen Polizei und sind Sie bereit, dieses weiter zu führen und gleichzeitig entsprechende Sachbearbeiterstellen zu schaffen?

Peter Müller, CDU:

Es kann nicht Ziel einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik sein, wie sie es in ihren Wahlprüfsteinen zugespielt formulieren, die Präsenz in der Öffentlichkeit durch Uniformierte, egal welchen Ausbildungsstandes oder Qualifikation zu erreichen. Allerdings fragen sie selbst unter Punkt 1 ihrer Wahlprüfsteine nach den Maßnahmen, die ergriffen werden können, um auch kurzfristig das aktuell vorhandene Personal bei der Polizei zu entlasten. Eine dieser Möglichkeiten besteht in der Überprüfung des Aufgabenkataloges der Polizei. Es muss geprüft werden, welche Aufgaben nicht zwingend durch einen

Themen - Fragen - Antworten

Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen. Die CDU Saar strebt allerdings keine Entwicklung hin zu einer Kommunalpolizei nach französischem Muster an.

Heiko Maas, SPD:

Hier muss es zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen der Verwaltungs- und der Vollzugspolizei kommen. Es muss eine Verschlechterung im Bereich der inneren Sicherheit ausgeschlossen werden. Bereits jetzt kann die Verwaltungspolizei mehr Aufgaben wahrnehmen als sie tatsächlich ausführt. Wir wollen jedoch keine kommunale Polizei wie in Frankreich.

Wir wollen den privaten Sicherheitsdiensten nicht den Einsatz im öffentlichen Raum überlassen. Sicherheit ist keine Handelsware, die nur der erwerben kann, der vermögend ist. Es sind keine Gesetzesänderungen in diesem Bereich geplant.

Es ist vorgesehen, neue Stellen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei zu schaffen, um diese von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.

Auch das Weiterbildungskonzept wird von uns unterstützt; geprüft werden muss jedoch die Notwendigkeit der Schaffung der Sachbearbeiterstellen für das Weiterbildungskonzept. Hier besteht die Möglichkeit einer „internen Lösung“ auf der Ministerialebene.

T a r i f r e c h t / Mitbestimmung

Im Zuge der Reformdiskussionen, insbesondere zur Agenda 2010, wurde den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, nicht reformfähig zu sein. Dabei wurden auch Forderungen erhoben, den Einfluss der Gewerkschaften in den Personalvertretungen und Betriebsräten zu begrenzen. Parallel dazu wurde nach dem letzten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf Arbeitgeberseite Kritik an den Abstimmungsmechanismen der Tarifgemeinschaft der Länder laut. Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts wurden abgebrochen und Tarifverträge über die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld einseitig gekündigt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Beabsichtigen Sie, das saarländische Personalvertretungsgesetz zu ändern? Wenn ja, welche Änderungen sind beabsichtigt?
- Befürworten Sie einen Austritt des Saarlandes aus der Tarifgemeinschaft der Länder?
- Werden Sie sich für die Aufnahme der Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts einsetzen?
- Sind Sie bereit, die ohne Beteiligung der Gewerkschaften in Kraft gesetzten Erlasse (Anpassung an vergleichbare Beamte) zurückzunehmen und diese im Rahmen der Neugestaltung des Tarifrechts neu zu verhandeln?

Peter Müller, CDU:

Die Beteiligungsrechte der Personalräte und der Gewerkschaften sind umfänglich geregelt. Dabei steht die

Förderung des Prinzips der vertrauensvollen Zusammenarbeit im Mittelpunkt dieser Regelungen. Soweit veränderte Umstände oder Herausforderungen bei den Mitbestimmungs- und Mitwirkungskatalogen Anpassungen erforderlich machen, wird die CDU Saar diesen Herausforderungen offen gegenüberreten.

Wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 19. Mai 2004 erklärt hat, wird die CDU Saar und die von ihr getragene Landesregierung, um noch vorhandene Sparpotentiale festzustellen und auszuschöpfen, an der Förderung der Gleichbehandlung von Beamten und öffentlichen Tarifangestellten festhalten. Die Kündigung der Arbeitszeit – und Sonderzuwendungstarifverträge für Angestellte wird daher nicht zurückgenommen. Das Saarland wird sich als Haushaltsnotlageland auf Dauer keine Standards leisten können, die über dem Durchschnitt der Bundesländer liegen. Im Übrigen scheint es nicht nachvollziehbar, warum für einen Beamten zumutbare Regelungen für Tarifbedienstete unzumutbar sein sollen. Steuerschätzungen gehen von Mindereinnahmen von rund 30 Mio. € für das Jahr 2004 aus. Für das kommende Jahr 2005 ist sogar von weiteren Steuerausfällen in einer Größenordnung von 144 Mio. € auszugehen. Insofern sieht die CDU Saar auch hier zur Kündigung von Arbeitszeitverträgen derzeit

redlicherweise keine Alternative.

Heiko Maas, SPD:

Es ist nicht vorgesehen das Personalvertretungsgesetz zu ändern.

Den Austritt des Saarlandes aus der Tarifgemeinschaft der Länder befürworten wir nicht. Wir werden uns für die Aufnahme von Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts einsetzen.

Ebenso sind wir bereit die in Kraft gesetzten Erlasse zurückzunehmen und diese neu zu verhandeln.

Polizeiorganisation

Die Polizei verfügt seit 2001 über eine neue Aufbau-Organisation, bei der insbesondere die Flächendienststellen unter großen Personalproblemen leiden. Eine Verbesserung ist hier kurzfristig kaum zu erwarten.

Angesichts der aktuellen Entwicklung im internationalen Terrorismus soll im LKA eine erforderliche neue Staatsschutzabteilung entstehen. Andererseits erwarten die Bürger eine Präsenz der Polizei vor Ort. Personalstärke auf der einen und die jeweilige Organisation der Polizei auf der anderen Seite stehen jedoch in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Beabsichtigen Sie, die derzeitige Polizeiorganisation in den nächsten Jahren zu erhalten, oder planen Sie Änderungen. Wenn ja, welche?

Peter Müller, CDU:

Die derzeitige Organisationsstruktur der saarländischen Vollzugspolizei ist entstanden aus dem Vorschlag der Arbeitsgruppe (AG) „Polizei 2000 Plus“. Deren Zielvorgaben waren

1. die Straffung der Führungsebenen,
2. eine Verstärkung der (Kriminal-) polizeilichen Präsenz in der Fläche,
3. sowie die Reduktion des Landeskriminalamtes auf LKA-spezifische Aufgaben.

Mit der Schaffung der derzeitigen Organisationsstruktur wurden die Fehler der Polizeireform der früheren SPD-Regierung von 1992, welche zu massivem Personalabbau bei der Polizei geführt hat und deren Folge eine Entfremdung zwischen Polizei und Bevölkerung war, behoben. Durch die Organisationsfortschreibung 2001/ 2002 wurden Organisationsstrukturen geschaffen, die Effektivität und Effizienz des Kräfte- und Mitteleinsatzes sowie reibungslose Zusammenarbeit ermöglichen. Die weiteren Planungen sehen vor, den „Staatsschutz“ personell weiter zu stärken und mittelfristig (bis 2005/ 2006) in eine (fünfte) Abteilung des LKA mit fünf Dezernaten zu entwickeln.

Eine moderne, bürgernahe Polizeiarbeit setzt ihre Schwerpunkte auf die Präsenz außerhalb der Dienststelle. Die saarländische Vollzugspolizei muss sich deshalb künftig noch flexibler und mobiler im lokalen Raum

organisieren. Dies wird unter anderem durch die Einrichtung einer Leitstelle mit zentraler Notrufabfrage für das gesamte Land und die Verbesserung der polizeilichen Reaktionszeiten durch ein flächendeckendes, mobiles Netz von Einsatzwagen geschehen.

Die CDU Saar beabsichtigt, in den nächsten Jahren die Organisation der saarländischen Polizei unter den genannten Gesichtspunkten auf der Basis des bisher erreichten weiterzuentwickeln.

Heiko Maas, SPD:

Die Organisationsüberprüfung ist eine Pflichtaufgabe, die ständiger Durchführung bedarf. Hier muss beachtet werden, dass die Aufgabenverteilung sinnvoll durchgeführt wird und der Schichtdienst nicht der Verlierer gegenüber reinen bürokratischen Entscheidungen ist.

Sachausstattung, Liegenschaften

Bei allen Anstrengungen, die in den letzten Jahren etwa in den Bereichen Beschaffung von Funkstreifenwagen, PCs und besserer Unterbringung der Dienststellen unternommen wurden, gibt es immer noch Liegenschaften, die den Erfordernissen einer Polizeidienststelle nicht entsprechen. So sind beispielsweise immer noch Polizeiposten nicht vernetzt, was zu einem erhöhten Zeit- und Arbeitsaufwand führt, da Ermitt-

lungsvorgänge der Polizeiposten an anderer Stelle in das EDV-System der Polizei eingestellt werden müssen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

· Welche Veränderungen/ Verbesserungen streben Sie in der Sachausstattung bzw. bei den Liegenschaften der saarländischen Polizei an?

Peter Müller, CDU:

Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren im Rahmen der haushaltmäßigen Gegebenheiten alle Anstrengungen unternommen, die Sachausstattung der saarländischen Polizei nach und nach zu verbessern. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden wir diesen Weg weiter gehen.

Heiko Maas, SPD:

Wir streben eine Angleichung an die Standards der anderen Bundesländer an.

IMPRESSUM „Sicherheitstest“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258
66 133 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 81 14 98
Fax: 0681 / 81 52 31

Redaktion:

Hugo Müller (V.i.S.d.P.)
Pressestelle

Herstellung:

reha gmbh
Dudweilerstraße 72
66 111 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 936210



Erschienen:19.02.2005 / SZ / SBM_MAN / ATit11D

Ressort:Themen_des_Tages

Textname:tt1-19.aufmacher+komm.ART

Freie Schlagworte saar verwaltung öffentlicher dienst / saar arbeitsfragen arbeitszeit

Öffentlicher Dienst

Saarland will 42-Stunden-Woche für Beamte und Angestellte

Die Landesregierung strebt jetzt nach SZ-Informationen eine Wochen-Arbeitszeit von bis zu 42 Stunden im öffentlichen Dienst an. Derweil plant die Gewerkschaft Verdi für kommende Woche Streiks: Auch der Winterdienst sei betroffen.

Saarbrücken. Die Saar-Regierung möchte die Arbeitszeit der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst weiter ausdehnen. Sie strebt an, dass alle Landesbediensteten wöchentlich bis zu 42 Stunden arbeiten. Das sieht ein vertrauliches Papier vor, das Saar-Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Anfang Februar an den Deutschen Gewerkschaftsbund Saar richtete. Die Regierung hatte zuletzt die Wochenarbeitszeit der Beamten auf 40 Wochenstunden erhöht und dies auch für Angestellte gefordert. Das Schreiben mit der neuen Marschroute, das der SZ vorliegt, macht Vorschläge für einen Solidarpakt Saar. Angesichts der Haushaltsnotlage erwartet die Landesregierung ein Sonderopfer von allen Bediensteten. So soll es ein Weihnachtsgeld von nur noch maximal 640 Euro geben, die oberen Gehaltsgruppen könnten sogar leer ausgehen. Weiter abgespeckt wird bei den Beamten auch die Beihilfe und das Geld für Beförderungen. Das Urlaubsgeld gehört der Vergangenheit an. Überstunden sollen nur noch auf Lebensarbeitszeit-Konten gutgeschrieben werden. Vorgesehen ist eine Tarif-Laufzeit bis 2009. Verdi-Landeschef Rolf Linsler nannte am Freitag die Vorschläge der Landesregierung „unanständig“. Ein Solidarpakt sei für die Gewerkschaft kein Thema.

Unterdessen kündigte Verdi an, dass es in der kommenden Woche im Saarland zu mehrtägigen Streiks von 1600 Landesbediensteten kommen werde. „Wir wollen Druck auf Peter Müller machen, um ihn zu einer Übernahme der vergangenen Woche ausgehandelten Tarifreform zu bewegen“, sagte Verdi-Landesleiter Linsler. Die Landesregierung dürfe ihre Beschäftigten nicht in „tarifpolitische Geiselhaft“ nehmen. Die Gewerkschaft hatte mit dem Bund und den Kommunen eine weit reichende Reform des öffentlichen Tarifrechts mit dem Einstieg in eine leistungsorientierte Bezahlung beschlossen. Innenministerin Kramp-Karrenbauer reagierte am Freitagabend mit „Bedauern und Unverständnis“ auf die geplanten Streiks.

Nach Verdi-Angaben wird der Landesbetrieb Straßenbau ab Montag drei Tage lang in den Streik treten. Das bedeutet, dass der Winterdienst auf Autobahnen und Landstraßen „nicht in dem gewohnten Umfang“ stattfindet. Gespräche über eine Notdienst-Vereinbarung seien der Landesregierung angeboten worden, so Linsler. Nachdem zuerst kein Interesse bestanden habe, komme es am Samstag „auf den letzten Drücker“ im Innenministerium zu Gesprächen. Von Warnstreiks betroffen sind am Montag auch das Universitätsklinikum Homburg, die Saar-Uni sowie die Ministerien mit den angeschlossenen Dienststellen. Die medizinische Grundversorgung sei gewährleistet, so Verdi. *gp*

Meinung

Bedienstete im

Schraubstock

Von SZ-Redakteur

Guido Peters

Die Landesregierung überspannt den Bogen. Was sie als Geste der Solidarität von ihren Beamten und

Angestellten fordert, ist starker Tobak. Die Einschnitte schmerzen. Wie Kai aus der Kiste kommt eine 42-Stunden-Woche aufs Tapet. Zuletzt ging es noch um 40 Stunden. Dass da bei den Landesbediensteten die Wut wächst, wen wundert's. Schließlich haben sie schon in der Vergangenheit auf manchen Euro verzichtet. Und es steht in den Sternen, ob die Jobs im öffentlichen Dienst auch übermorgen noch sicher sind. Es würde Peter Müller adeln, im Umgang mit Arbeitnehmer-Interessen etwas mehr Sensibilität zu zeigen. Und es hätte Verdi gut zu Gesicht gestanden, erneut das Gespräch mit dem widerspenstigen Ministerpräsidenten zu suchen – bevor man die Streikkeule auspackt.

Technische Information:

Text-ID:a20263689

